

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postweg ohne Postgebühren monatlich 2,20 Mk., bei Zustellung unter Streifenband 4,50 Mk. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postzustellungsliste für 1919 eingetragen. Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2205 und 2296.

Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postzustellungsliste für 1919 eingetragen. Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19. Fernsprecher: Amt Norden 2205.

STREIFER

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Schreckensurteil des Kriegsgerichts.

Der Streik der Angestellten.

Die Verhandlungen, die Freitag unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers Bauer zwischen den Angestellten der Metallindustrie und den Unternehmern stattfanden, zogen sich bis in die frühen Abendstunden hin. Wie wir kurz vor Redaktionsschluss erfahren, war es bis dahin noch nicht zu einer Verständigung gekommen. Die Unternehmern sind nicht zum Nachgeben geneigt. Die Verhandlungen dauern bei Redaktionsschluss noch fort.

Die Verhandlungen der Industrieangestellten.

Über die Verhandlungen selbst berichtet eine Sozialkorrespondenz: Bauer bemerkte, daß der Verband heute nicht mehr die Verantwortung habe, ein etwa die gesamte Industrie umfassende Entschädigung zu leisten, da andere Gewerkschaften die Verhandlungen übernommen hätten. Er machte jedoch die Vertreter der Arbeitgeber darauf aufmerksam, ihre Forderungen zu hoch zu schätzen, da es durchaus noch nicht sicher sei, daß die Regierung in dem kommenden Gesetz allen Forderungen der Angestellten nachkommen würde. Die Vertreter der Streikenden beriefen sich darauf, daß ihre Marschroute von der am Donnerstag festgestellten Zusammenkunft vorgezeichnet sei und daß die Angehörigen sich mit halben Konzessionen nicht mehr abgeben wollten. In der Frage des Mitbestimmungsrechtes der Angestellten erklärte die Herrin vom Verband der Metallindustrie, hier irgendwelche Konzessionen machen zu können. Wenn der Geschäftsleitung die Möglichkeit genommen werde, selbstständig Neueinstellungen vorzunehmen, könne man für ein gedeihliches Arbeiten der Betriebe keine Gewähr mehr übernehmen. — Noch längere Debatten wurde in der Frage des Mitbestimmungsrechtes bei A und B von den Angestellten des Arbeitgeber des Bundesrats, daß der Angestelltenauschuss auch bei Liquidationen von Unternehmen mit einem Einkommen über 10 000 Mark Einspruchsrecht haben solle. — Eine endgültige Einigung beider Parteien konnte jedoch gestern noch nicht erzielt werden.

Die Verhandlungen der Bankbeamten.

Auch zwischen den Bankleitungen und den Bankbeamten konnte gestern ein Einverständnis noch immer nicht erzielt werden. Die Angestellten gaben die Erklärung ab, daß es ihnen durchaus nicht darum zu tun sei, die Bankleitungen bei der Einstellung von besonders geeigneten Persönlichkeiten, die für besondere Funktionen benötigt werden, zu kontrollieren. Die Verhandlungen zogen sich bis in den späten Nachmittag hin, ohne daß es auch nur zu irgendeiner bestimmten Formulierung der Wünsche auf beiden Seiten gekommen wäre. Die Beratungen dürften sich auch über die Osterferien hinaus erstrecken, da allein die Beratung des Reichstages, über den die Ansichten sehr geteilt sind, mehrere Tage in Anspruch nehmen wird. (Weitere Meldungen siehe dritte Seite.)

Der Generalstreik im Ruhrrevier.

Die Verhaltung der Bergarbeiterdelegierten in Werden hat unter der Arbeiterschaft eine große Erregung hervorgerufen. Selbst im Bürgeramt eger sich berechtigte Zweifel, ob man durch verlässige Gewaltakte die Ruhe und Ordnung wiederherstellen kann. Severing, der sich beim Einzug der Truppen den Bergarbeitern als „Kamerad“ vorgestellt hat und für die Verhandlungen der Soldaten verantwortlich ist, scheint inzwischen eingesehen zu haben, daß es mit der bisherigen Rechtsprechung nicht weitergehen kann. Er berief für den letzten Donnerstag eine Konferenz sämtlicher Schichtdelegierter nach Dortmund und legte Wert darauf, daß dieser Konferenz auch die in Werden verhafteten Delegierten beiwohnten. Persönliche Sicherheit würde ihnen gewährleistet.

Die Regierung lenkte also ein. Nachdem die Versammlung der Delegierten in Werden mit Gewalt auseinandergerissen und die Teilnehmer verhaftet wurden, holt man jetzt dieselben Delegierten wieder herbei, um mit ihnen zu verhandeln. Eine glückliche Verhandlungsergebnisse ist nach einer solchen Untat natürlich nicht vorhanden. Der Streik geht eintrüben weiter.

Wie der „Volkswacht“ aus Dortmund meldet, hat die am Donnerstag abgehaltene Delegiertenkonferenz der streikenden Bergleute beschlossen, den Streik fortzusetzen und auf den

Forderungen der sechsstündigen Arbeitszeit und 20prozentigen Lohnerhöhung zu verharren. Die Verhandlungen sollen nur mit der Reuenerkommission gepflogen werden und eine Entschädigung von zwei Dritteln soll für den Lohnausfall der Streiklage verlangt werden.

Dortmund, 18. April.

Die Presseabteilung des Reichskommisars teilt mit: Von der Morgenschicht streikten 49,82 Proz. von der Mittagschicht 67,49 Proz. Die Beschäftigten zeigten in der Morgenschicht gegen den vorausgegangenen Tag eine Abnahme von 8,45 Proz. für den ganzen Ruhrbezirk.

Unruhen in Wien.

In Wien kam es am Donnerstag bei einer Demonstration von Arbeitslosen und Kriegsschädigten vor dem Parlamentsgebäude zu einer Schießerei. Auch im Rathausviertel wurde geschossen. Dabei gab es eine Anzahl Tote und Verwundete. Die Demonstranten behaupten, es sei vom Parlamentsgebäude aus auf sie geschossen worden. Die Volkswacht will aber nur Schreckschüsse abgegeben haben. Die Fenster des Parlamentsgebäudes wurden durch Steinwürfe zertrümmert. Der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Österreichs ermahnte in einem Aufruf die Arbeiterschaft zur Ruhe und Besonnenheit.

Wien, 18. April.

In Wien herrscht vollkommene Ruhe. Die Gesamtzahl der Todesopfer der gestrigen Unruhen ist auf fünf gestiegen. Die öffentlichen Gebäude werden von Volkswacht bewacht.

Wien, 18. April.

Bei den gestrigen Szenen beim Parlament wurde auch eine bisher unbekannt gebliebene Frau getötet. Heute früh versah die Volkswacht den Ordnungsdienst in und vor dem Gebäude und gestreute sich ansammelnde Krugierinnen. Im Parlamentsgebäude sind zahlreiche Fenster auf der Herrenhausseite eingeschlagen, die Eingangsfluren mehr oder minder beschädigt. Die Dienstwohnung des Bauingenieurs ist ausgebrannt.

Maerckers „Sieg“.

Braunschweig, 18. April.

W. L. B. meldet: In einer Verhandlung zwischen General Maercker und dem Kabinettsauschuss des Landtages wurde eine Einigung in der Kabinettsfrage erzielt, durch die die Spannung zwischen Braunschweig und dem Reiches beseitigt wird. Danach würde das Kabinett bestehen aus vier oder fünf Reichstagssozialisten, zwei Unabhängigen und einem Demokraten. Dieses Kabinett wird bis 24. d. M. im Amt bleiben. An diesem Tage wird der Landtag zusammentreten und die Neubildung des Kabinetts vornehmen.

Man wird abzuwarten haben, ob diese Meldung zutreffend ist. Denn der Kabinettsauschuss hat in dem Telegramm an die Regierung vollkommen zutreffend darauf hingewiesen, daß die Ablehnung der rechtmäßig gebildeten Regierung ungesetzlich ist und daß eine neue Regierung nur von der Landesversammlung eingesetzt werden könne. Wenn er sich trotzdem mit der Einsetzung einer neuen Regierung abgefunden haben sollte, die dem Stärkeverhältnis in der Landesversammlung durchaus nicht entspricht, so könnte das wohl nur die Folge des „sanften Drucks“ sein, den Maerckers 10 000 Gewaffnete entgegen allem Recht ausübten.

Braunschweig, 18. April.

Die bisherigen Volksbrautrechtler Oester und Garbi, beide von den unabhängigen Sozialisten, sind heute vormittag in Schutzhaft genommen worden.

Braunschweig, 17. April.

Heute nachmittag ist der normale Eisenbahndienst wieder hergestellt worden. Auch der Telegraphen- und Fernsprecherverkehr nach auswärtig ist wieder in Betrieb.

Die internationale Sozialistenkonferenz.

Amsterdam, 18. April.

Das internationale sozialistische Bureau teilt mit, daß außer den bisherigen Delegierten zur Konferenz auch noch der Sozialist Pranting (Schweden) und von der Georgischen Republik Tschenteli zur Konferenz in Amsterdam angemeldet worden sind.

Ein politisches Tendenzurteil.

Ein politisches Tendenzurteil schlimmster Art ist vor einigen Tagen von dem außerordentlichen Kriegsgericht gefällt worden. Etwas verspätet, geht uns darüber der folgende ausführliche Bericht zu, der klar zeigt, daß das Gericht sich mehr von politischen als von rechtlichen Erwägungen hat leiten lassen.

Vor dem außerordentlichen Kriegsgericht des Landgerichts II hatten sich am Sonnabend und Montag die Stadtkommandanten und Abteilungsleiter Putran, Seidel, Rosenkranz, Rudi, Kawrocki, Karoschaj, Steinbock, Gräß, Duhr, Dietrich, Gschloß, Karl und Artur Lautenschläger, Pleße, Rose und Wiedemann wegen Aufruhrs und Aufforderung von Personen des Soldatenstandes zum Ungehorsam gegen den Befehl der Oberen, zu verantworten.

Der Anklage lag folgender Tatbestand zu Grunde: In Köpenick war am 6. März der Generalstreik proklamiert worden. Da vorbereitete sich unter den 10 000 Streikenden das Gerücht, in Friedrichshagen seien Kanonen zur Beschickung von Köpenick aufgestellt. Der Streikführer Putran bezog sich als Stadtkommandant nach Friedrichshagen, um dort gemeinsam mit vier ebenfalls delegierten Genossen mit den Truppen zu verhandeln. Unterwegs hatte sich der Köpenicker eine erregte Menge angeschlossen, die der Angeklagte Putran vergeblich zurückzuführen versuchte. Erst angehalten durch die Streikführer aufzuhalten, ließ ein Teil der Menge zurück. Das Mitglied des K. u. S. Rates Br. edrichshagen, Rosenkranz, ging zum Bahnhofsmeister Gottschling und Leutnant Rüdiger, um sie auf die Erregung der Menge hin und auf die Abschließung der Straße zu ersuchen, da er sonst keine Gewähr für die Aufrechterhaltung der Ruhe übernehmen könne. Nachdem beide Offiziere mit der vorgehenden Division telephoniert hatten, brachten sie die Maschinengewehre in Conradts Kaffeehaus, vor denen sich wiederum größere Mengen ansammelten. Rosenkranz verhandelte nochmals mit den Offizieren und bat sie, zur Vermeidung von Unruhen die Maschinengewehre auf dem Rathaus abzuliefern, wo sie dem Bahnhofsmeister am nächsten Tage wieder zur Verfügung ständen. Dies geschah dann auch. Hierbei war bereits von der aufgeregten Menge der Täter ist nicht ermittelt ein Maschinengewehr in den See geworfen worden.

Am Bahnhof war Major Ruhnke stationiert, der Befehl erhalten hatte, Spatzenkugeln, die von Frankfurt a. O. im Anmarsch seien, aufzufangen. Zu ihm begaben sich Putran, Rosenkranz und Rudi, um ihm mitzuteilen, daß wegen der Beschickung des Bahnhofs große Erregungen herrsche. Die Friedrichshagener glaubten, daß die Kuffolier der Hüje nach Berlin verhindert werden sollte, die Köpenicker Befürworter eine Beschickung ihrer Stadt. Putran bat den Major, einen anderen Ort zu wählen — Erkner z. B. —, von wo aus die Köpenicker Arbeiter sich nicht bedroht fühlen könnten und ein Geschäft, das am Bahnhof aufgestellt war, an einen anderen Ort in Stellung zu bringen.

Ruhnke schied sich mit seiner vorgehenden Besoldung ins Einvernehmen, die den Vorschlag ablehnte, da in Erkner bereits andere Truppen angesetzt waren. Nun schloß Putran vor, zur Vermeidung der streikenden Arbeiter die Waffen abzugeben und sie bis zum nächsten Tage unter Bewachung im Rathaus aufzubewahren. Dies lehnte der Major ab, da er den Vorschlag als einen Versuch ansah, die Truppen unter allen Umständen wegzulassen zu machen (nach Erkner hätten die Soldaten ihre Waffen mitnehmen können).

In der Beweisaufnahme wurde zunächst als Zeuge Bahnhofsmeister Gottschling vernommen: Am 6. März wurde telephonisch gemeldet, daß von Köpenick aus ein Putrik geplant sei. Es erschienen dann auch 200 Köpenicker Spatzenkugeln vor unserer Postenkette, die sich aber ruhig verhielten. Ihre Zahl lag allmählich auf 600. Um Ausbreitung zu verhindern, schickte ich uns mit der Division in Verbindung, die uns den Major gab, alles Aufregende zu vermeiden. Der Aufforderung von Rosenkranz, die Maschinengewehre von der Straße zu schaffen, wurde Folge geleistet. Der Zeuge hatte den Eindruck, daß es Rosenkranz ernst war, Ausbreitung zu vermeiden und

daß sein Handeln vernünftig sei.

Der Zeuge Major Ruhnke gab an, er hätte die große Menschenmenge, die sich vor dem Bahnhof angesammelt hatte, überhaupt nicht gesehen, da er mit dem Rücken zum Fenster stand. Trotzdem habe er sich bedroht (!) gefühlt. Im übrigen habe er nicht gewußt, ob die Menschenmenge, die zum Bahnhof wollte, aus harmlosen Reisenden, die zum Bahnhof wollten, oder aus Streikenden bestand.

Es wurden dann weiter als Zeugen vernommen: Polizeiwachmeister Randspeil und der Leiter der Friedrichshagener Polizei, Bogi, der von Anfang der Revolution an mit Rosenkranz zusammengearbeitet hat und ihn nur das Beste beizubringen kann.

Von den Verteidigern, Justizrat Dr. Werthauer und Dr. Vanheim, wurden die folgenden Beweisanträge gestellt: Die Ministerpräsidenten Scheidemann und Ditt-

„Die Schuldigen“.

Eine Erwiderung von Rud. Breitscheid.

Dass ich dem „Vorwärts“-Redakteur Herrn Reich Kuttner nach seiner kriegerischen Vergangenheit das Recht freitragend anrede, nach einem besonders strengen Staatsgerichtshof für die am Kriege schuldigen Personen zu rufen, hat ihn bitter gekränkt. Er bringt in einer Erklärung im „Vorwärts“ einiges vor, was mich persönlich diskreditieren soll. Seinen stärksten Versuch spielt er in folgenden Sätzen aus: „Ich habe es allerdings verstanden, mich — wie Dr. Breitscheid es tat — nach meiner Eingliederung an alle möglichen Personen in der Partei um Reklamation zu wenden. Insbesondere habe ich nicht wie Dr. Breitscheid den Gewissen Koske mit Bittgesuchen bombardiert, obwohl dieser als Reklamationsschlichter mit bedeutend näherem Stand als jenem. Ich wollte mir allerdings nicht nachsagen lassen, daß ich die eigene Haut gerettet hätte, während die Klassen bluten mußten.“

Ich habe allerdings nach meiner Eingliederung eine Anzahl von Parteigenossen um ein Eingreifen gebeten. Ich konnte das, weil ich im Gegensatz zu Herrn Kuttner auch zu Hause nicht zu den Durchfallern gehört habe, und weil es jener absolut feststand, daß meine Eingliederung und meine Hinausendung ins Feld ausschließlich auf politische Gründe zurückzuführen war. Die Behauptung aber, ich hätte Herrn Koske mit Bittgesuchen wegen einer Reklamation bombardiert, wird dadurch nicht wahrer, daß Herr Kuttner diese Äuße, die ich schon vor über einem Jahre im Niederbarnimer Wahlkampf angebracht habe, wiederholt.

Ich habe jetzt Veranlassung genommen, an die Redaktion des „Vorwärts“ folgende Mitteilung zu senden:

Eine Herrn Koske und mir persönlich bekannte Parteigenossin hatte Herrn Koske von meiner Angelegenheit, die auch im Reichstag zur Sprache kam, erzählt. Auf sein Ersuchen, das mir durch diese Parteigenossin übermittelt wurde, habe ich dann unter dem 4. Mai 1918 einen Brief an Herrn Koske gerichtet, in dem ich die Tatsachen zusammenstellte, aus denen klar hervorging, daß ich aus politischen Gründen eingezogen war und trotz der entgegenstehenden Ergebnisse der ärztlichen Untersuchungen zum zweitenmal ins Feld geschickt wurde. Es lag mir daran, das allgemeine, auf schädliche Denunziationen zurückzuführende Vorgehen der militärischen Gewalttäter zu entlarven, und meine Bitte an Herrn Koske ging daher ausdrücklich dahin, mir Gelegenheit zu verschaffen, mich in einem offenen Verfahren offen zu verantworten.“ Weiter hat ich ihn, darüber hinaus dringend zu dringen, daß dem Reklamationsschlichter der „Leipziger Volkszeitung“ ebenso gut stattgegeben werde wie es in zahlreichen anderen Fällen geschehe.“

Auf diesen Brief, der wohlgerichtet von einem Zeitpunkt datiert, wo die Parikettrennung noch nicht vollzogen war, habe ich von Herrn Koske keine Antwort erhalten. Meine Frau hat ihm, nachdem ich ins Feld abgegangen war, in Ergänzung meines Schreibens noch eine Reihe von Tatsachen mitgeteilt, die geeignet waren, den Charakter meiner Eingliederung zu illustrieren.

Ich stelle Herrn Kuttner gern anheim, im Wortlaut meines Briefes an Herrn Koske zu veröffentlichen; es wird sich dann herausstellen, wie seine Behauptung, ich hätte Herrn Koske mit Bittgesuchen bombardiert, zu bewerten ist.

Herr Kuttner weiß zu seiner Verteidigung nun noch darauf hin, daß ich bei meinem Angriff auf ihn mich nur darauf berufe, was andere, ihm mehr oder weniger nahe stehende Leute gesagt hätten. Er habe doch seine Meinung selber oft genug unter seinem Namen ausgesprochen.

Darauf habe ich zu erwidern, daß es mir gar nicht eingefallen ist, mich in meiner Auseinandersetzung mit Herrn Kuttner auf das zu stützen, was andere gesagt haben. Ich habe nur festgestellt, daß er während des Krieges Redakteur an denjenigen Blättern war, die am eifrigsten im Sinne des Durchfallens gewirkt und am energischsten die Regierungspolitik verteidigt haben. Leider habe ich mir die Prosa des Herrn Kuttner nicht ausgelesen. Ich weiß aber, daß ich in dem, was ich von ihm las, niemals ein Wort fand, das die verbrochene Politik der Regierung und das verhängnisvolle Verhalten seiner Partei entsprechend kennzeichnete. Wer so mit dem Strome geschwommen ist, hat kein Recht, vom Staatsgerichtshof jetzt besondere Strafen zu fordern.

Herr Kuttner aber weist triumphierend auf seine Wunden. Seine Tätigkeit am „Vorwärts“ habe ihm eine Klage wegen versuchten Landesverrats bei dem außerordentlichen Reichsgericht eingebracht. Solch diesen wilden und entschlossenen Revolutionäre!

Die Klage erhielt Herr Kuttner als verantwortlich zeichnender Redakteur des „Vorwärts“ im Januar 1918. Den Artikel, in dem die Anklagebehörde eine Aufreizung zum Streik erklärte, hatte Friedrich Stampfer geschrieben. Herr Kuttner kam zu seinem Mitbestimmen wie die Jungfer zum Kind. Aus dem Mitbestimmen war noch dazu so außerordentlich Mühe, wobei wurde der Mann, der mitten im Kriege Landesverrat versucht haben sollte, in Untersuchungshaft genommen (man vergleiche die Verhandlung des Obergerichtes), noch kam der Prozess überhaupt zum Austrag. Sollte sich Herr Kuttner niemals Gedanken darüber gemacht haben, was ihm zu dieser glanzvollen Behandlung bezufließen hat?

Einstufig mit die Hochschulen schließen.

In einer Studentenversammlung in der Technischen Hochschule wurde die Mitteilung gemacht, daß in Berlin im Hotel Kaiserhof eine Versammlung von Vertretern der Lehrkörper und Studentenschaften sämtlicher deutscher Hochschulen stattgefunden hat. Einberufen war der Reichsausschuss akademischer Berufsstände; Beauftragung dazu gab das Generalkommando Küttwig. Ein Vertreter der Studentenschaft, der in Kollberg persönlich mit Hindenburg und Groener gesprochen hatte, referierte und sagte, beide hätten den sofortigen Eintritt der Studenten in die Kampfformationen geschätzt. Groener war der Ansicht, die Truppe sei zum Einsatz fast genug, aber nicht zuverlässig und müde wegen der Unruhe in den Innern durch Offiziere, etwa wie durch „Korsettsknechte“ genannt werden. Er wies dabei ausdrücklich auf die Zustände in Bayern hin. Es bestände in der Vereinstellung volles Einverständnis über die Notwendigkeit des Eintritts der Studenten in die Kampfformationen, einzig und allein Koske sei der Ansicht, daß die Formationen in der bisherigen Zusammensetzung und Stärke aufrechterhalten seien.

An den Vertretung gelangte dann aber ein Telegramm des Reichsverministers Koske: „Nach den Vorstellungen des Generalkommandos Küttwig und des Generalfeldmarschalls Hindenburg schließe ich mich der Auffassung an, daß der Eintritt der Studenten als Dauerfreiwillige in die Kampfformationen notwendig geworden ist.“

Eine vorgenommene Abstimmung ergab in der betreffenden Versammlung die überwiegende Mehrheit für

Schließung der Hochschulen, nur die Vertreter der Lehrkörper und Studentenschaften der Universität und der Technischen Hochschule Berlin erklärten sich der Abstimmung, da sie sich für beschränkt hielten, im Namen der Studentenschaft zu erklären.

Demnach ist, daß der Studentenschaft der Universität nichts von diesen Vorfällen bekanntgegeben wurde und daß auch im Kultusministerium von der Zusammenkunft nichts wußte. Der Minister erklärte sich sogar gegen die Schließung der Hochschulen. Auch Koske erklärte, daß er an der Berufung der Konferenz nicht beteiligt sei.

Das Generalkommando Küttwig, geführt auf den Befehl des Reichsausschusses akademischer Berufsstände, agitiert also im Wissen des Kultusministeriums für die Schließung aller deutschen Hochschulen, um seine Freiwilligenkorps Offiziere und „guterwillige“ Mannschaften zu gewinnen.

Man sieht, die Militärs sind auf allen Gebieten Herren der Lage, sie kümmern sich nicht um Minister und Bureaucratie. Sie kümmern sich ebenfals um die Studentenschaft, die in der Sitzung des Reichsausschusses der Universität sich energisch gegen diese Maßnahmen erklärte.

Der vorbereitete Belagerungszustand.

Was wir neulich nur vermuteten, das hat jetzt das Geständnis des rechtssozialistischen Justizministers nicht als Tatsache bestätigt. Die kaiserliche Regierung hat die Verordnung über den Belagerungszustand bereits in der Ermordung Neurings fertiggestellt. Dieses Ereignis läßt keinen Zweifel darüber, daß die kaiserliche Regierung durch das Drängen ihrer Anhänger gezwungen, die Gewalt regieren zu können glauben, sich bereits zur Ermordung Neurings entschlossen hatte, in den kaiserlichen Reihen zu wandern. Schmächtig bricht damit die „Leipziger Volkszeitung“ und die Lüge zusammen, die zuerst vom „Wärter“ aufgestellt, nun die Kunde durch die ganze sozialistische Presse macht, daß das angebliche Komplott der Freiwirtschaftlichen und Sportivisten die Schuld daran ist, daß nun auch in Sachen eine Militärdiktatur aufgestellt werde.

Aber die kaiserliche Arbeiterkraft ist nicht gewillt, unüberhörte und ungeheuliche Proklamierung von Belagerungszustand und Standrecht sich gefallen zu lassen. Schreiet am Mittwoch die „Leipziger Volkszeitung“, daß die kaiserliche Arbeiterkraft sich gegen die Verräter um den Belagerungszustand zu wehren bereit sei. Und wie uns ein Privatgramm aus Leipzig meldet, hat eine am Donnerstag im Zoologischen Garten tagende Versammlung der Betriebsarbeiterräte, der Obleute der Betriebe, Arbeitervereine und der Funktionäre der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei eine Resolution angenommen, in der es heißt:

„Die Versammlung erkläre in der Verhandlung über die Ermordung Neurings für Dresden beschlossenen und nachherig ganz Sachsen verhängten Belagerungszustand den Versuch, die Aufhebung der Arbeiterkraft gegen die reformatorische Regierung von vornherein zu unterbinden; in der Schließung der Universität und der Verhaftung der Studenten für den sogenannten Grenzschutz den Versuch, das Bürgerium zu bewachen und den Bürgerkrieg zu entfesseln.“

Für die Verhängung des Belagerungszustandes sind Standrecht für Sachsen lag ein Grund nicht vor; es springt lebhaft die Ohnmacht der Regierung Groener und Genossen. Die Arbeiterkraft nimmt den ihr hingeworfenen Handbrot auf und erklärt, daß der Belagerungszustand nicht besteht. Sie sagt der Regierung Groener, daß den Kampf an und fordert die Arbeiterkraft Sachsen auf, diesem Kampf um die Erhaltung der durch die Revolution gewonnenen Freiheiten anzuschließen.“

Leipzig, 18. März. Der Große Arbeiterrat zu Leipzig ist heute bekanntlich in Leipzig in Ordnung. Der Belagerungszustand in Leipzig ist aberflüssig; seine Aufrechterhaltung würde lediglich zur Bewurkung führen, die Schließung von Ruhe und Ordnung nach sich ziehen würde. Der Große Arbeiterrat zu Leipzig erbat deshalb an: 1. Die Vollzugsmaßnahmen nach wie vor auf 12 Uhr festzusetzen, 2. Anmeldungen von Versammlungen brauchen nicht stattzufinden.

Englische Gewerkschaften verlangen Aufhebung der Blockade.

Amsterdam, 18. März. Dem Allgemeinen Handelsrat wird aus London geschrieben, daß der „Dreibund“ der Gewerkschaften beschlossen hat, beim Parlamentarischen Ausschuss des Gewerkschaftskongresses zu bringen, daß in einer besonderen Konferenz die Aufhebung der Blockade gefordert wird.

Zum Fall Breuer.

Bis erhalten folgende Zuschrift: Herr Robert Breuer, Geschäftsführer des Schutzvereins deutscher Schriftsteller, Adjunkt beim Presseschef der Reichsregierung, hat sich auf dem 2. Märzkongress betriebl. benommen gegen sein Verhalten schärfste Verwahrung eingelegt. Die ihm zur Last gelegte Verwahrung hat er in der Tat abgelehnt; als aber der Vertreter der russischen Regierung ausdrücklich daran festhielt, daß Herr Breuer die Verwahrung ausgedrückt habe, kam dieser auf die Sache nicht zurück, ließ sich auch auf dem Kongress nicht mehr sehen. Unter den Vorwürfen, die Herrn Breuer von den Delegierten Dr. Ceyer, A. Müller, Dr. Brach, Dr. Rosenfeld gemacht wurden, auch der: jener habe der Frau eines Schriftstellers im Namen des Krieges nahegelegt, sich durch Spionagearbeit Geld zu verdienen.

Am 12. d. M. abends, habe ich dem Vorstand des Schutzvereins den Namen der betreffenden Dame zur Verfügung gestellt. Ich erwarre, daß nunmehr eine regelrechte Untersuchung mit Zugrundelegung der Tatsachen werde. Dies jedoch nicht geplant zu sein, jedenfalls haben sich die Herren Krieger und Dr. Grabowsky als Vorstandsmitglieder des Schutzvereins einwilligen damit begnügt, schon in die Nacht vom 15. d. M. eine Note zu geben, in der sie sagen: Der Herr Breuer habe von den gegen Breuer erhobenen Vorwürfen dem höchsten Ersuchen und Bedauern Kenntnis genommen; Breuer habe sich nicht von sachlichen Gesichtspunkten lassen und es sei „billig ausgeschlossen“, daß Breuer die Schriftsteller zu Spionagen zu misbrauchen. Soll das nun etwa alles sein? Das wäre doch recht komisch. Sollte der Schutzverband dieser Artäre nicht schärfster zu Leide gehen, so werde ich nach angemessener

fer Form belästigende Auslagen gemacht hätten. Demnach ...

Aus der Weimelstraße.

Am Donnerstag abend floh in der Weimelstraße wieder ...

Zwischen 9-10 Stunden an der Gormannstraße wiederum ...

Es ist bemerkt worden, daß auch Regierungssoldaten an den ...

Diese Schieberei ist nicht das Mittel, um Abhilfe zu schaffen ...

Gewehre für Spartakisten!

Die Behörde, die die Anlagen wegen der Märgereignisse ...

wurden ihnen dann die Gewehre von Regierungssoldaten abgenommen ...

Die Sensationspresse.

Die Klatschpresse hat wieder neuen Stoff, und ihre Leser ...

Leichenfunde.

In den letzten Tagen sind mehrere Leichen im Wasser aufgefunden ...

Das Kriegsmilitärerum ersucht auf Grund des ...

Lebensmittellieferanten.

Pankow. Vom Dienstag, den 22. April 1919 ab, werden ...

Straßen. Am Sonnabend, den 20. April d. J., gelangten ...

Tripplow verteilt außer den üblichen Rationen: 100 Gramm ...

Kowames. Infolge der äußerst geringen Zufuhr an Milch ...

Aus den Organisationen.

Testov-Berzow.

Flugblätter für die Wahlen zum Freitag am 4. Mai ...

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wielepp ...

Theater und Vergnügungen.

Volksbühne. Theater am Bülowplatz.

Opernhaus. Mittags 12 Uhr.

Schauspielhaus. 7 Uhr: Kabale und Liebe.

Deutsches Theater. 7 Uhr: Wie es euch gefällt.

Kammerspiele. 8 Uhr: Unterwegs.

Kleines Schauspielhaus. 8 Uhr: Die Gebe der Pandora.

Neues Operettenhaus. 8 Uhr: Die Kausche Susanne.

Lossing-Theater. Direkt. Victor Barnowsky.

Residenz-Theater. 7 Uhr: Das höhere Leben.

Rosa-Theater. 8 Uhr: Die Räuberhölzer von Mainz.

Walhalla-Theater. 8 Uhr: Der Jäger aus Kurpfalz.

Casino-Theater. 8 Uhr: Vater Knute.

Wintergarten. 8 Uhr: Varietevorstellung.

Möbel. Gebr. Hussner, Bülowstraße.

Möbel. Gebr. Hussner, Bülowstraße.

Möbel. Gebr. Hussner, Bülowstraße.

Möbel. Gebr. Hussner, Bülowstraße.

Möbel. Gebr. Hussner, Bülowstraße.

Möbel. Gebr. Hussner, Bülowstraße.

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands.

Öffentliche Versammlung. Am Montag, den 28. April 1919.

Verband der Gastwirtsgehilfen. Verwaltungsstelle Groß-Berlin.

Streiklokale. Restaurant Werkmann, Große Frankfurter Straße 16.

Streiklokale. Restaurant Ujala, Dirschenstraße 1.

Streiklokale. Restaurant Wessli, Stargarder Str. 3.

Streiklokale. Restaurant Wessli, Stargarder Str. 3.

Streiklokale. Restaurant Wessli, Stargarder Str. 3.

Streiklokale. Restaurant Wessli, Stargarder Str. 3.

Streiklokale. Restaurant Wessli, Stargarder Str. 3.

Streiklokale. Restaurant Wessli, Stargarder Str. 3.

Streiklokale. Restaurant Wessli, Stargarder Str. 3.

Streiklokale. Restaurant Wessli, Stargarder Str. 3.

Streiklokale. Restaurant Wessli, Stargarder Str. 3.

Streiklokale. Restaurant Wessli, Stargarder Str. 3.

Streiklokale. Restaurant Wessli, Stargarder Str. 3.

Streiklokale. Restaurant Wessli, Stargarder Str. 3.

Streiklokale. Restaurant Wessli, Stargarder Str. 3.

Streiklokale. Restaurant Wessli, Stargarder Str. 3.

Streiklokale. Restaurant Wessli, Stargarder Str. 3.

Möbel-Beiser. Lothringer Straße 67.

Möbel-Beiser. Lothringer Straße 67.

Möbel-Beiser. Lothringer Straße 67.

Möbel-Beiser. Lothringer Straße 67.

Möbel-Beiser. Lothringer Straße 67.

Möbel-Beiser. Lothringer Straße 67.

Möbel-Beiser. Lothringer Straße 67.

Möbel-Beiser. Lothringer Straße 67.

Möbel-Beiser. Lothringer Straße 67.

Möbel-Beiser. Lothringer Straße 67.

Möbel-Beiser. Lothringer Straße 67.

Möbel-Beiser. Lothringer Straße 67.

Möbel-Beiser. Lothringer Straße 67.

Möbel-Beiser. Lothringer Straße 67.

Möbel-Beiser. Lothringer Straße 67.

Möbel-Beiser. Lothringer Straße 67.

Möbel-Beiser. Lothringer Straße 67.

Möbel-Beiser. Lothringer Straße 67.

Möbel-Beiser. Lothringer Straße 67.

Möbel-Beiser. Lothringer Straße 67.

Wahlkreis U. S. P. D. Bezirk 41. 28. Abteilung.

Wahlkreis U. S. P. D. Bezirk 41. 28. Abteilung.

Wahlkreis U. S. P. D. Bezirk 41. 28. Abteilung.

Wahlkreis U. S. P. D. Bezirk 41. 28. Abteilung.

Wahlkreis U. S. P. D. Bezirk 41. 28. Abteilung.

Wahlkreis U. S. P. D. Bezirk 41. 28. Abteilung.

Wahlkreis U. S. P. D. Bezirk 41. 28. Abteilung.

Wahlkreis U. S. P. D. Bezirk 41. 28. Abteilung.

Wahlkreis U. S. P. D. Bezirk 41. 28. Abteilung.

Wahlkreis U. S. P. D. Bezirk 41. 28. Abteilung.

Wahlkreis U. S. P. D. Bezirk 41. 28. Abteilung.

Wahlkreis U. S. P. D. Bezirk 41. 28. Abteilung.

Wahlkreis U. S. P. D. Bezirk 41. 28. Abteilung.

Wahlkreis U. S. P. D. Bezirk 41. 28. Abteilung.

Wahlkreis U. S. P. D. Bezirk 41. 28. Abteilung.

Wahlkreis U. S. P. D. Bezirk 41. 28. Abteilung.

Wahlkreis U. S. P. D. Bezirk 41. 28. Abteilung.

Wahlkreis U. S. P. D. Bezirk 41. 28. Abteilung.

Wahlkreis U. S. P. D. Bezirk 41. 28. Abteilung.

Wahlkreis U. S. P. D. Bezirk 41. 28. Abteilung.

Spezial Dr. med. H. ...

Spezial Dr. med. H. ...

Spezial Dr. med. H. ...

Spezial Dr. med. H. ...

Spezial Dr. med. H. ...

Spezial Dr. med. H. ...

Spezial Dr. med. H. ...

Spezial Dr. med. H. ...

Spezial Dr. med. H. ...

Spezial Dr. med. H. ...

Spezial Dr. med. H. ...

Spezial Dr. med. H. ...

Spezial Dr. med. H. ...

Spezial Dr. med. H. ...

Spezial Dr. med. H. ...

Spezial Dr. med. H. ...

Spezial Dr. med. H. ...

Spezial Dr. med. H. ...

Spezial Dr. med. H. ...

Spezial Dr. med. H. ...